

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

media:net berlinbrandenburg

per Mail an: ehrlich-cypra@medianet-bb.de

**Sebastian Koch**  
Landesgeschäftsführer

**Landesvorstand Berlin**  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01  
Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin  
www.dielinke.berlin

Berlin, den 25. Juni 2021

**Betr. Wahlprüfstein von media:net berlinbrandenburg**

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von media:net berlinbrandenburg. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

**Standort Berlin:**

**1. Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft bei?**

Antwort: Berlin ist eine Medienmetropole. Rund Jede:r zehnte Erwerbstätige in Berlin ist in der Kreativbranche beschäftigt. Die Kreativwirtschaft ist mit 170 Milliarden Euro Umsatz bundesweit eine der tragenden Säulen der Wirtschaft, nicht nur, aber ganz wesentlich im Ballungsraum Berlin-Brandenburg. Die Digitalbranche bringt mittlerweile sogar jeden siebten neuen Job in Berlin hervor. Damit gebührt der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für DIE LINKE Berlin schon allein aufgrund ihrer Bedeutung für Einkommen und Wertschöpfung ein hoher Stellenwert. Sie prägt darüber hinaus auch stark positiv das Bild Berlins in der Welt. Diese Bedeutung spiegelte sich zuletzt in den Hilfspaketen wider, die von der Branche gut angenommen wurden.

**2. Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum die Geschäftsführer\*innen, Angestellten und freien Mitarbeiter\*innen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft Ihre Partei wählen sollten?**

Antwort: 1) Die kreative Förderung und in der Coronapandemie schnelle und unbürokratische Hilfe der Kulturverwaltung von Klaus Lederer. Senator Lederer steht für die Politik der LINKEN Berlin, die das Ohr nah an den Bedürfnissen der Branche und der in ihr Tätigen hat. Eine solche Politik für die gesamte Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft wollen wir weiter voranbringen, unter anderem in dem wir uns für eine Bündelung der noch zwischen drei Senatsverwaltungen geteilten Zuständigkeiten einsetzen.

2) Das Beispiel der mit dem Landeshaushalt 2020/21 neu eingeführten und erfolgreichen VFX-

Förderung zeigt, dass DIE LINKE Berlin in Regierungsverantwortung mit der rot-rot-grünen Koalition zeitnah auf Entwicklungen reagiert und gemeinsam mit Branchen passgenaue Förderinstrumente entwickelt, um die Medien-, Kreativ-, und Digitalwirtschaft nicht nur im deutschlandweiten, sondern auch im internationalen Wettbewerb voranzubringen.

3) DIE LINKE Berlin sieht traditionell eine ihrer wichtigen Aufgaben darin, sich für Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen stark zu machen. Dafür stehen als aktuelles Beispiel die Hilfsmaßnahmen während der Corona-Pandemie. DIE LINKE Berlin wird diese Politik fortsetzen und sich für die Bekämpfung prekärer Arbeit zugunsten von Arbeit, von der man leben kann, einsetzen.

**3. Welche konkreten Projekte zur Förderung, Stärkung und ggf. zum Wiederaufbau der durch die Corona-Pandemie angeschlagenen Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen?**

Antwort: DIE LINKE Berlin lehnt Versuche, die Kosten der Corona-Krise durch Kürzungen zu bewältigen und der Krise hinterher zu sparen, ab. Den einschneidenden Folgen der Pandemie wollen wir eine »Neustartinitiative« entgegensetzen. Nur mit einer von Bund und Land getragenen Anschubfinanzierung können die die positiven Entwicklungen in den Teilbranchen vor der Pandemie fortgesetzt werden.

Dazu kann an vielen Stellen an aktuelle konkrete Fördermaßnahmen jenseits der Corona-Hilfspakete - beispielsweise die "Filmförderung, Kinos und Filmfestivals in der Pandemie" - angeknüpft werden.

**4. Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um Berlin als Standort für die Medien-, Kreativ- und Digitalbranche attraktiver zu machen? Wird sich Ihre Partei für Freiflächen und bezahlbare Räume für Kreative im innerstädtischen Raum einsetzen?**

Antwort: Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die Förderung der Kooperation von Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie und der Start-up-Szene mit den Industrieunternehmen und insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) intensivieren und ausbauen und somit den eingeschlagenen Weg der Digitalisierung der Berliner Wirtschaft weiter vorantreiben. Wir wollen zudem die Gründung von innovativen Unternehmen und Start-ups fördern. Die derzeit fragmentierte Gründungsberatung in Berlin soll zu einer städtischen Innovationsagentur nach Vorbild des »Digital Innovation Office« in Barcelona ausgebaut werden.

Die Bereitstellung bezahlbarer Gewerbeflächen ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung. Zahlungskräftige Nutzer:innen wie z. B. internationale IT-Unternehmen, führende Online-Händler oder Großunternehmen können ihren Flächenbedarf in der Regel auf dem privaten Gewerbeimmobilienmarkt in Berlin decken, erhöhen aber damit gerade in innerstädtischen Bereichen den Verdrängungsdruck auf die ansässigen Gewerbebetriebe. Für viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU), auch aus der Medien- Kreativ- und Digitalbranche, wird die Suche nach bzw. Sicherung des Betriebsstandorts so zunehmend problematisch. DIE LINKE Berlin setzt sich dafür ein, die 2020 gegründete Berliner Bodenfonds GmbH zu stärken und den Ankaufsfonds aufzustocken, um in der wachsenden Stadt strategische Immobilien- und Grundstücksankäufe vornehmen und Grundstücksreserven anlegen zu können. So erworbene Liegenschaften können auch genutzt werden, um sie für strategische Ansiedlungen und für von Verdrängung bedrohtes Gewerbe über Erbbaurechtsverträge mit tragbaren Konditionen zur

Verfügung zu stellen. Die rasant steigenden Gewerbemieten und das Fehlen eines schützenden Gewerbemietrechts auf Bundesebene sind ein wachsendes Problem, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in unserer Stadt. Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass ein Gewerbemietrecht geschaffen wird, das insbesondere kleine Gewerbetreibende bzw. KMU schützt und die Gewerbemieten reguliert und begrenzt.

5. **Mit welchen Maßnahmen wollen Sie internationale Fachkräfte für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft nach Berlin holen?**

Antwort: Eine attraktive und florierende Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft ist der beste Anreiz für internationale Fachkräfte, nach Berlin zu kommen. Dies bringen regelmäßig Umfragen wie die 2021 erstellte Umfrage unter 1.300 Gründer:innen in ganz Europa zum Ausdruck. DIE LINKE Berlin will die Rahmenbedingungen weiter verbessern, um die Entwicklung zu verstetigen.

6. **Berliner Veranstalter\*innen werden für Genehmigungen ihrer Veranstaltungen seitens der jeweilig verantwortlichen Bezirksämter in Berlin unterschiedlich behandelt. Ist Ihre Partei bereit, vereinfachte aufeinander synchronisierte Antrags- und Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen – insbesondere mit Blick auf den Immissionsschutz zur Nutzung von Sonderflächen wie Open Airs – in Berlin aufzustellen?**

Antwort: Ja. Insbesondere im Hinblick auf die Zuständigkeiten der bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter haben wir bereits jetzt zumindest die Voraussetzung für eine künftig bessere Harmonisierung geschaffen. Im geänderten Bezirksverwaltungsgesetz sind einheitliche Ämterstrukturen in den Bezirken vorgesehen, was auch die SGA betrifft. Darüber hinaus ist in der nächsten Wahlperiode geplant, nach dem neuen Versammlungsfreiheitsgesetz für politische Versammlungen auch noch ein Veranstaltungsgesetz zu erlassen. In diesem Gesetz wäre es z.B. möglich, die Voraussetzungen für die Nutzung von Sonderflächen zentral und einheitlich zu regeln.

**Branchenspezifisch:**

1. **Welchen Stellenwert hat die Berliner Film- und TV-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Film- und TV-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?**

Antwort: Die Film- und TV- Branche ist aus Sicht der LINKEN Berlin eine der tragenden Säulen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Region. Sie hat sich in den letzten Jahren weiter gut entwickelt. Einerseits entscheiden sich große internationale Kino- und TV-Produktionen für Berlin-Brandenburg, was durch die Coronapandemie nur kurz unterbrochen wurde. Andererseits hat sich eine lebendige Landschaft mit Unternehmen, die in Produktionen eingebunden sind und ihren speziellen Teil zur Arbeit zuliefern, herausgebildet.

Der Erfolg des Standorts Berlin Brandenburg zeigt, dass die Förderlandschaft ihren Aufgaben gerecht wird. Dazu gehört für DIE LINKE Berlin, dass die Unterstützung gemeinsam mit der Branche weiterentwickelt wird und dafür ein Austausch mit verschiedenen Interessenvertreter:innen der Branche stattfindet.

Ebenso wichtig ist es für uns, die Interessen der in der Film-, TV- und Serienbranche Beschäftigten zu vertreten. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind leider noch immer keine Seltenheit, ebenso wenig wie ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen. Arbeit von der man leben kann

und gleiche Entlohnung sind aus Sicht der LINKEN kein Standortnachteil.

**2. Wie beurteilt Ihre Partei die Berliner Start-up-Szene und wie will sie diese fördern?**

Antwort: Berlin ist die Start-up Hauptstadt Europas. DIE LINKE Berlin misst der Rolle der Start-ups in Berlin eine große Bedeutung bei. In den vergangenen Jahren hat das Berliner Start-up-System nochmal einen echten Schub erfahren, der auch von der Pandemie nicht beendet wurde, weil die Hilfsangebote in Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern und dem Bund schnell und unbürokratisch entwickelt wurden. Knapp 60% des deutschlandweit in Start-ups investierten Geldes geht nach Berlin. Das ist nicht nur auf die kreative und internationale Atmosphäre der Stadt, sondern auch auf die politischen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Deshalb darf sich die Politik trotzdem nicht zurücklehnen. Was das Land Berlin darüber hinaus tun kann und muss, ist, die Startup Szene möglichst eng mit anderen Wirtschaftsbereichen in dauerhafte und produktive wirtschaftliche Beziehungsgeflechte zu bringen, die die Bindung an Berlin nachhaltig stärken. Im Übrigen gilt es, politisch auf die sogenannten weichen Standortfaktoren bei Mieten, Lebenshaltungskosten und soziokultureller Infrastruktur als wesentliche Faktoren gerade für Start-ups Einfluss zu nehmen.

**3. Welchen Stellenwert hat die Berliner Games- und Esports-Branche für Ihre Partei? und**  
**4. Welche Vorschläge hat ihre Partei, um Berlin zu einem führenden Games- und Esports-Standort deutschlandweit/weltweit auszubauen?**

Antwort: Die Games- und Esportsbranche ist eine Wachstumsbranche. Aus Sicht der LINKEN Berlin nimmt sie eine wichtige Rolle für den Kultur- und Wirtschaftsstandort Berlin ein. Im Corona-Jahr 2020 vergab das Medienboard, dessen Gesellschafter zu 50 Prozent die Investitionsbank Berlin ist, sogar über eine Millionen Euro mehr an Fördermitteln im Games-Segment als noch 2019. Dies spiegelt die Bedeutung, die DIE LINKE Berlin in der rot-rot-grünen Koalition der Branche zumisst, wider. Berlin befindet sich damit auf einem guten Kurs im Standortwettbewerb. Bereits heute ist unsere Stadt neben NRW und Bayern das Games- und Esportszentrum in Deutschland mit internationaler Strahlkraft. Das zeigt, dass die bisherige Politik in die richtige Richtung geht. In den nächsten Jahren gilt es, an sie anzuknüpfen und sie weiterzuentwickeln. Eine wichtige Rolle kommt dabei dem weiteren Verlauf der Pandemie zu. DIE LINKE Berlin steht wie in anderen Bereichen dafür, dass Start Ups wie auch größere Unternehmen nach den unmittelbaren Hilfen nicht alleingelassen werden, sondern entsprechend den Bedürfnissen eine Anschubfinanzierung gewährleistet wird.

**5. Welchen Stellenwert hat die Berliner Musik- und Events-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Musik- und Event-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?**

Antwort: Die Corona-Zeit hat mehr als deutlich gemacht, was der Stadtgesellschaft fehlt, wenn keine Musikfestivals & Kulturevents stattfinden können und in hunderten Clubs nicht mehr getanzt werden kann. Viele Musiker:innen und die vielen Kulturschaffenden in allen Gewerken, die eine Präsentation in der Öffentlichkeit erst möglich machen, haben um ihr Überleben gekämpft. Mitbetroffen war das Transport-, Gastronomie- und Gastgewerbe. Die Reserven der Veranstalter:innen & der Clubbetreiber:innen sind aufgebraucht. Auch wenn jetzt eine Rückkehr zu Events wieder möglich ist, sind sie doch noch vielfach mit Auflagen und Einnahmeeinbußen

verbunden. Für DIE LINKE Berlin ist deshalb klar, dass es neben der weiteren Unterstützung durch notwendige Soforthilfen einen regelrechten Wiederaufbau im Kultur- & Freizeitbereich geben muss. Da darf nicht an der falschen Stelle gespart werden, denn auch die Musik- und Event-Branche wird bei entsprechender Unterstützung wieder zum Wirtschaftsaufschwung in Berlin beitragen. Diese Unterstützung wird von uns eingefordert und muss sich auch im Landeshaushalt wiederfinden.

Clubkultur ist für uns fester Bestandteil des kulturellen Lebens unserer Stadt. Clubs und Musikspielstätten sind wichtige kulturelle Räume, und wir unterstützen das besondere Engagement von Clubs für Diversität, für Schutzräume marginalisierter Communitys (»Safer Spaces«), für Inklusion und Nachhaltigkeit. Wir wollen einen jährlich zu vergebenden Clubpreis schaffen und Berlins Club-kultur stärken. Dafür werden wir den neu geschaffenen Lärmschutzfonds fortschreiben und uns auf Bundesebene für eine baurechtliche Anerkennung von Clubs als Kulturorte einsetzen.

Auch die Musik- & Event-Branche braucht Räume drinnen & draußen. 'Draussenstadt' soll in Berlin weiter gefördert werden, mit festen Orten, die vom Land und den Bezirken bereitgestellt werden. Innenräume sind mit Gewerbemieten verbunden, die in den letzten Jahren durch die Decke gegangen sind. Das wollen wir stoppen und setzen uns für einen Gewerbemietendeckel ein, der aber leider nur auf Bundesebene eingeführt werden kann.

### **Solo-Selbständige, Kleinstunternehmen & Mittelstand:**

- 1. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass es in Deutschland zu wenig Unterstützung für Solo-Selbstständige gibt. Welchen Stellenwert haben Solo-Selbständige der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für Ihre Partei?**

Antwort: Eine Besonderheit der Berliner Wirtschaftsstruktur ist der hohe Anteil an Soloselbstständigen und Kleinstunternehmen. Das gilt insbesondere für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft. Für viele Soloselbstständige und Kleinstunternehmen waren die Folgen der Corona-Pandemie schnell existenzbedrohend. Aufgrund der hohen Vulnerabilität - vor allem in Krisenzeiten - haben Soloselbstständige und Kleinstunternehmen einen besonderen Stellenwert für DIE LINKE Berlin. Daher hat R2G in Berlin als erstes Bundesland überhaupt verschiedene Soforthilfe- und Förderprogramme für Soloselbstständige und Kleinstunternehmen geschaffen und ausgeweitet. Nur dank des schnellen und unbürokratischen Einsatzes öffentlicher Mittel konnten viele dieser Unternehmen gerettet werden. Das drückt den hohen Stellenwert aus, den Soloselbstständige und Kleinstunternehmen für DIE LINKE Berlin haben. Auch unabhängig von der Pandemie setzen wir uns dafür ein, auch in diesem Bereich unsichere Arbeit, Ausbeutung und Scheinselbstständigkeit zurückzudrängen.

- 2. Wie will Ihre Partei die Solo-Selbständigen in der kommenden Legislatur, konkret in den ersten 12 Monaten, unterstützen?**
- 3. Wird sich Ihre Partei für den Aufbau künftiger Ausfallssicherungssysteme für Solo-Selbständige und Kleinstunternehmen im Bereich Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und insbesondere im Bereich der Musikwirtschaft engagieren?**

Antwort auf Frage 2. und 3.: DIE LINKE Berlin will die schnellen und unbürokratischen Hilfen für Solo-Selbstständige, die in Berlin während der Pandemie realisiert wurden, so lange wie aufgrund der Pandemie und ihren Folgen notwendig, fortschreiben. DIE LINKE Berlin unterstützt - nicht nur

für die nächsten 12 Monate - unter anderem die Entwicklung und Festschreibung von branchenspezifischen Mindesthonoraren sowie von Musterverträgen mit Standardregelungen, die die Interessen der Auftragnehmer:innen bei Fragen wie Materialkosten, Ausfallhonorar oder Versicherung abbilden. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, in den Bezirken Räume (Co-Working-Spaces) zu schaffen, in denen Solo-Selbstständige bei geringen Mietkosten gemeinsam arbeiten können. Um einen Überblick über Formen und Umfang von Soloselbstständigkeit zu bekommen, soll der Kreativwirtschaftsindex, wie es ihn bis 2015 gab, wieder eingeführt werden. Die Rahmenbedingungen und die Einhaltung von Sozialstandards müssen nicht nur in der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für Soloselbstständige weiter verbessert werden. Prekäre Arbeitsverhältnisse, die nicht nur in der Gegenwart negative Folgen haben, sondern die Gefahr von Altersarmut nach sich ziehen, sind in vielen Bereichen unserer Gesellschaft noch immer an der Tagesordnung. DIE LINKE Berlin sieht es als eine zentrale Aufgabe an, für eine gerechte und armutsfeste Entlohnung zu sorgen und Armutsperspektiven zurückzudrängen. Dabei gilt es nicht zuletzt, aus der Pandemie zu lernen. So wie die Hilfspakete für Solo-Selbstständige in Berlin schnell und unbürokratisch ausgelegt und umgesetzt wurden, wie nirgendwo sonst, so wichtig ist, aus den Erfahrungen eine Krisenresilienz zu entwickeln. Nicht alles kann jedoch auf Länderebene erreicht werden. Auf der Bundesebene setzen wir uns deshalb dafür ein, dass das Hartz-IV-System durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt wird. Als Zwischenschritt bis zur Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung wollen wir die sofortige Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro sowie die Übernahme der Wohn- und Stromkosten in tatsächlicher Höhe.

**4. Internationale Medien- und Digitalkonzerne wie Amazon, Google und Co. erwirtschaften erhebliche Gewinne in Deutschland/in Berlin, zahlen aber wenig Steuern. Das gefährdet u.a. den Berliner Mittelstand. Welchen Stellenwert hat der Berliner Mittelstand für Ihre Partei und wie wollen Sie sie in der kommenden Legislatur unterstützen?**

Antwort: Der Berliner Mittelstand bildet das Rückgrat der Wirtschaft in Berlin und hat daher für DIE LINKE Berlin einen besonderen Stellenwert. Dem Land Berlin stehen zur Entwicklung der Wirtschaft pro Jahr über 200 Mio. Euro Fördermittel der Europäischen Union, des Bundes sowie aus eigenen Mitteln des Landes zur Verfügung. Unser Ziel ist es, dass sich die Verwendung dieser Fördermittel an den Prinzipien ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit orientiert. Wir wollen neue Arbeitsplätze mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen und zugleich Zukunftstechnologien im Sinne der ökologischen Transformation der Wirtschaft fördern. Neben der Bereitstellung bezahlbarer Gewerbeflächen sind die Förderung von Innovation und die Digitalisierung der Wirtschaft zentrale Anliegen unserer Partei. Der rot-rot-grüne Senat hat die Digitalagentur Berlin gegründet. Diese soll Berliner Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, bei der digitalen Transformation unterstützen. Darüber hinaus wurde das Förderprogramm Digitalprämie aufgesetzt. Es unterstützt kleine und mittelständische Berliner Unternehmen mit Zuschüssen für konkrete Digitalisierungsvorhaben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Digitalisierung der Wirtschaft und die Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter unterstützt und ausgebaut werden. Die Auswirkungen der Corona-Krise sind so gewaltig, dass Berlin spätestens mit dem Ende der Pandemie zusätzliche konjunkturelle Impulse benötigt. Bei der Ausgestaltung entsprechender staatlicher Konjunkturprogramme ist insbesondere der Berliner Mittelstand zu berücksichtigen.

**Themenspezifisch:**

- 1. Die Berliner Start-up-Szene ist international, bunt und meist englischsprachig. Die Berliner Verwaltung in den Bezirken spricht und versteht meist nur Deutsch. Internationale Mitarbeiter\*innen scheitern bspw. bei der Anmeldung ihrer Wohnung bzw. benötigen Unterstützung bei den zahlreichen Behördengängen. Welche Maßnahmen für eine Berliner Willkommenskultur der Verwaltung möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen? Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um internationale Talente in Berlin willkommen zu heißen?**

Antwort: Um die Vielfalt Berlins im Öffentlichen Dienst widerzuspiegeln und die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte zu verbessern, wurde von der rot-rot-grünen Koalition das Partizipations- und Integrationsgesetz weiterentwickelt und beschlossen. Es geht maßgeblich auf die Initiative der LINKEN Arbeits- und Sozialsenatorin Elke Breitenbach zurück. Menschen mit Migrationshintergrund sollen als Beschäftigte in der Verwaltung gemäß ihrem Anteil an der Berliner Bevölkerung repräsentiert werden. Mit der Umsetzung wird auch eine Stärkung der Sprachkompetenz der Verwaltung einhergehen.

Für DIE LINKE Berlin liegt zudem ein Hauptaugenmerk in der Digitalisierung der Verwaltung, so dass Behördengänge immer mehr entfallen können. Die Ausgaben dafür wurden auf 440 Millionen Euro in zwei Jahren erhöht. Ein Ziel ist es, digitalisierte Verwaltung generell in mehreren Sprachen anzubieten. Diese Entwicklung wollen wir weiter beschleunigen.

In der Europaverwaltung unter politischer Führung des LINKEN Senators Klaus Lederer wurde 2018 ein Konzept zur 'Steigerung der Europakompetenz der Berliner Verwaltung' erarbeitet und beschlossen. Teil dieses Konzepts sind unter anderem Sprachkurse und europäischer Austausch. Letzterer ist wegen der Corona-Pandemie seit 2020 allerdings zurückgegangen. Laut eines Zwischenberichts zur Umsetzung ist das Konzept erfolgreich und trägt zur Steigerung der Fremdsprachenkompetenz der Berliner Verwaltung bei.

Insgesamt sieht DIE LINKE Berlin die Berliner Verwaltung auf dem richtigen Weg. Wichtige Schritte wurden gemacht. Sie müssen aber überall weiter intensiviert und verbessert werden, wo sich das als notwendig erweist.

Berlin als Start-up-Hauptstadt Europas übt eine starke Anziehungskraft auf internationale Talente aus. Pro Jahr ziehen zehntausende internationale Talente nach Berlin. Diese Attraktivität wird bereits jetzt durch die Wirtschaftsförderung von berlin-partner mit unterschiedlichen Maßnahmen für internationale Talente, die nach Berlin ziehen, gefördert. Bei Menschen aus Nicht-EU-Staaten umfasst das auch Unterstützung bei der Beantragung von Arbeitserlaubnissen. DIE LINKE Berlin sieht Berlin hier gut aufgestellt. Dennoch werden wir uns für eine weitere Optimierung einsetzen.

- 2. Welche Meinungen vertritt Ihre Partei zu Urheberrecht, Datenschutz und Online-Sicherheit?**

Antwort: Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist für DIE LINKE Leitbild zur Gestaltung der digitalen Gesellschaft. Daten werden im Netz zur Ware, Konzerne betreiben Raubbau an der Privatsphäre. Dem setzen wir einen freien und selbstbestimmten Umgang mit Daten entgegen, verbunden mit einem durchsetzungsstarken und fortschrittlichen Datenschutz. Konkret wollen die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit stärken. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung der Rechte und Befugnisse sowie für eine Ausweitung der

Personal- und Sachmittel der Berliner Datenschutzbeauftragten ein. Zur besseren Durchsetzung von Regeln gegenüber Behörden soll die Datenschutzbeauftragte eine Anordnungsbefugnis und wirksame Instrumente zu deren Durchsetzung bekommen. Insbesondere vor dem Hintergrund unbefugter Datenabfragen streben wir auch die Erweiterung der Sanktionsmöglichkeiten an, wenn Verwaltungsangehörige in erheblicher Weise gegen das Berliner Datenschutzgesetz verstoßen. Wir wollen außerdem die Rechte der Datenschutzbeauftragten gegenüber den Landes- und Beteiligungsunternehmen stärken.

IT-Sicherheit ist für DIE LINKE ein wichtiges Thema. Der Staat muss dafür sorgen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner das Internet sicher nutzen können. Das kann nicht Massenüberwachung bedeuten, sondern bspw. die Möglichkeit, das Internet anonym und pseudonym nutzen zu können. Überwachungsinteressen von Regierungen und auch wirtschaftliche Interessen dürfen nicht über den Grundrechten der Bevölkerung stehen. Darüber hinaus müssen die Nutzerinnen und Nutzer in der Lage versetzt werden, sich selbst zu schützen und ihr eigenes Nutzungsverhalten kritisch hinterfragen zu können.

Eine Anpassung des Urheberrechts an die veränderten Bedingungen der Verbreitung von Musik, Texten, Bildern und Filmen im digitalen Zeitalter ist dringend erforderlich. Im Kampf um ein modernes Patent- und Urheberrecht geht es darum, Wissen produktiv weiterverwenden zu dürfen und das Recht auf Nutzung mit den Rechten der Schöpfer\*innen geistiger Werke in Einklang zu bringen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, Nutzer\*innen wie Urheber\*innen zu stärken, ihre Interessen in den Mittelpunkt der politischen Diskussion und der Weiterentwicklung des Urheberrechts zu stellen und die Chancen der Digitalisierung für den kulturellen Austausch offensiv zu nutzen.

Die europäische Urheberrechtsreform und ihre zuletzt erfolgte Umsetzung in Deutschland trägt diesem Gedanken leider wenig Rechnung. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine umfassende Reform des Urheberrechts ein, die sowohl im Sinne der Kreativen wie der Nutzer\*innen ist. Wir fordern eine Einschränkung von Buy-Out-Verträgen, Instrumente für eine funktionierende Durchsetzung von angemessenen Vergütungen, eine Demokratisierung der Verwertungsgesellschaften, die Weiterentwicklung und Förderung neuer Vergütungsmodelle, die Stärkung offener Lizenzen, die durchsetzungsstarke Ausgestaltung der Privatkopie, Regelungen zum Verleih von E-Books und anderer digitaler Güter durch Bibliotheken, ein Ende des Geschäftsmodells Massenabmahnung, die Abschaffung des unsinnigen Leistungsschutzrechts für Presseverlage, ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht für Wissenschaftler\*innen, eine Nutzungsschranke für den gesamten Bildungs- und Wissenschaftsbereich sowie grundlegend neue Regelungen für die digitale Zugänglichmachung der Bestände von Gedächtnisinstitutionen

### **3. Welche Position vertritt Ihre Partei hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg für eine starke Kreativ-Hauptstadtregion?**

Antwort: In Berlin und Brandenburg spielen Kultur- und Kreativwirtschaft eine zentrale Rolle, wenn es um Innovation und neue Perspektiven in der Wirtschaft geht. Bei Berlin und Brandenburg handelt es sich dabei faktisch um einen Wirtschaftsraum. Eine gute Zusammenarbeit beider Länder ist aus Sicht der LINKEN umso mehr eine wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Branche. Die Zusammenarbeit zwischen der rot-rot-grünen Regierung in Berlin und der Regierung Brandenburgs wurde intensiviert. Im Rahmen der Gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB 2025) von 2019 ist der Bereich IKT, Medien und Kreativwirtschaft (IMK) das größte Cluster. Das Clustermanagement fördert die digitale Transformation, unterstützt Wissenschaft und Wirtschaft

bei der Vernetzung und in einer Vielzahl von Kooperationsprojekten. Es fungiert als Anlaufstelle für alle Akteur:innen der Kreativ-, Medien- und IKT-Branche in Berlin-Brandenburg für innovative Projekte. Neben den Wirtschaftsförderungen beider Länder sind hier beispielsweise das Medienboard Berlin Brandenburg, Creative City Berlin, das Helmholtz-Zentrum Berlin oder media:net selbst vernetzt. DIE LINKE Berlin strebt eine weitere Verbesserung und Verzahnung der Zusammenarbeit beider Länder in diesem Bereich an.

#### **Fragen der Berlin Music Commission eG:**

- 1. Erkennt Ihre Partei die Musikwirtschaft und ihre gesamte Wertschöpfungskette als Standortfaktor für Berlin und MUSIK als Motor der zukunftsfähigen Entwicklung der deutschen Hauptstadt und nicht zuletzt der Kreativ- und Kulturwirtschaftsbranche in Berlin an? Wird Ihre Partei die Unterstützung der Musikwirtschaft in ihr Wahlprogramm bzw. in ihre politische Agenda aufnehmen und behandeln?**

Antwort: Die Kulturschaffenden von Berlin tragen in hervorragender Weise zum nationalen und internationalen Ruf Berlins bei und sowohl Musiker\*innen als auch die Musikwirtschaft haben einen bedeutenden Anteil daran. Selbstverständlich sind sie deshalb auch ein sehr wichtiger Standortfaktor für die Hauptstadt, nicht zuletzt ob der bis zum Jahr 2019 stetig steigenden Touristenzahl, die sich innerhalb der letzten 10 Jahre verdreifacht hat. Es besuchen nicht nur Berliner\*innen die Veranstaltungen der Musikwirtschaft mit ihren Künstler\*innen, Festivals und der angesagten Clubszene, sondern es kommen eben auch viele Tourist\*innen genau deswegen nach Berlin. Mit anderen Worten: Hier bei uns in Berlin „spielt die Musik“. Die Musikwirtschaft hat einen nicht zu unterschätzenden Anteil an den Steuereinnahmen des Landes und bietet den Kreativen der Stadt viele Arbeitsplätze. Ihre Unterstützung war unserer Partei nicht nur in Zeiten von Corona wichtig, sondern wird es auch weiterhin sein.

- 2. Nach unserer Schätzung müssten mindestens 3-5% der durch die Musikwirtschaft jährlich erzielten Steuereinnahmen im Landeshaushalt in den weiteren jährlichen Branchenaufbau reinvestiert werden. In welcher Art wird Ihre Partei Rahmenbedingungen und Mechanismen innerhalb des Senates und der Verwaltung schaffen, um eine nachhaltige Investition in die Musikwirtschaftsbranche zu garantieren?**

Auch ohne genau wissen zu können, wie sich die finanzielle Lage der öffentlichen Hand in den kommenden Monaten und Jahren genau entwickeln wird, ist absehbar, dass die Corona-Pandemie signifikante Auswirkungen auf die (Steuer-)Einnahmen des Landes Berlin haben wird. DIE LINKE Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Musikwirtschaft in Berlin keine Kürzungen hinnehmen muss. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit Vertreter:innen der Musikwirtschaft in Berlin nach kreativen Wegen suchen, wie Mehrbedarfe finanziert werden können.

- 3. Ist Ihre Partei bereit, sich für die Bereitstellung der notwendigen Budgets und Investitionsinstrumente für die Musikwirtschaft zu engagieren und sie langfristig, ähnlich der Budgets der Medienwirtschaft, auszubauen?**

Antwort: Neben strukturellen Übereinstimmungen von Musik- und Medienwirtschaft beispielsweise bei der Rolle innovativer Start-ups und den spezifischen Problemen kleiner und mittelständiger Unternehmen in der Branche gibt es auch eine Reihe von Unterschieden. DIE LINKE Berlin wird sich, wie es Kultursenator Klaus Lederer im Zuständigkeitsbereich seines Ressorts bereits tut, weiterhin für die Musikwirtschaft engagieren. Dafür wollen wir nach den Wahlen gemeinsam mit Vertreter:innen der Musikwirtschaft prüfen, wie die Branche zukünftig noch besser innerhalb der Wirtschaftsförderung berücksichtigt werden kann.

**4. Erkennt Ihre Partei die Arbeit des Musikwirtschaftsnetzwerkes Berlin Music Commission in der Vergangenheit an und ist gewillt, dieses Netzwerk weiterhin finanziell zu unterstützen?**

Antwort: Wir wollen, dass die Unterstützung des Netzwerkes fortgesetzt wird, auch finanziell. Damit Berlin Musikhauptstadt Deutschlands mit internationaler Strahlkraft bleibt und auch weiter Kreative und Musikschaaffende aus aller Welt anziehen kann, wird das Musicboard z.B. weiter die Popmusikszene der Stadt unterstützen und ihre kulturelle und wirtschaftliche Strahlkraft stärken. Dazu arbeitet das Musicboard eng mit den Berliner Musikunternehmen zusammen und vermittelt oder fördert Kooperationsprojekte. Das Musicboard unterstützt außerdem in Berlin lebende Künstler\*innen mit Stipendien oder indem es eine bessere Infrastruktur für Musiker\*innen schafft. Hinzu kommen die verbesserte Zusammenarbeit mit der Musikwirtschaft und die enge Kooperation mit der Berliner Popmusikszene, den Berliner Musiknetzwerken, der Verwaltung und Wirtschaft. In Problemfällen, z.B. bei Fragen von Lärmschutz und Nachbarschaft, hilft das Musicboard als Moderator. Das Musicboard setzt mit der Förderung von Projekten in Förderprogrammen seinen Etat um, wobei ein nicht unbeträchtlicher Teil in die Finanzierung der Berlin Music Commission fließt. Zudem gibt es die Instrumente der Festival-, Label- & Supportförderung.

**5. Stimmen Sie einem Konjunkturprogramm für die Musikwirtschaft für die Zeit nach der Corona-Pandemie zu, um einen Neustart für den Standort Berlin zu ermöglichen?**

Antwort: Mit der Corona-Krise kam eine neue Aufmerksamkeit für und Nachdenklichkeit über das bislang »Normale« des Alltags. In den Mittelpunkt rückt, was während der Pandemie fehlte: das gemeinsame Erlebnis der Kultur, das pulsierende Leben der Clubs. Gerade die Clubkultur ist für uns fester Bestandteil des kulturellen Lebens unserer Stadt. Clubs und Musikspielstätten sind wichtige kulturelle Räume, und wir unterstützen das besondere Engagement von Clubs für Diversität, für Schutzräume marginalisierter Communitys (»Safer Spaces«), für Inklusion und Nachhaltigkeit. Wir wollen einen jährlich zu vergebenden Clubpreis schaffen und Berlins Club-kultur stärken. Dafür wollen wir auch den neu geschaffenen Lärmschutzfonds fortschreiben und uns auf Bundesebene für eine baurechtliche Anerkennung von Clubs als Kulturorte einsetzen. Ein „Neustart Kultur“ muss natürlich auch mit der Unterstützung für die Musikwirtschaft einhergehen, wobei wir hier auch deutlich den Bund in der Pflicht sehen.

**6. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass Budgets für internationales Marketing für Berlin als weltweit relevanter Musikstandort zur Verfügung gestellt werden?**

Antwort: Die Musikbranche prägt das internationale Image Berlins und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass der Senat gemeinsam mit Vertreter:innen der Musikwirtschaft und visitBerlin Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des internationalen Marketings für Berlin als weltweit relevantem Musikstandort erarbeitet und umsetzt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Koch', written in a cursive style.

Sebastian Koch